Zeitung der Grünen Kanton Bern Nr. 21 | November 2011

GRÜNE Kanton Bern

bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch

Die Wahlen bescheren den Grünen herbe Verluste – doch nicht alles ist ganz so schwarz

Grüne Hoffnung an schwarzem Wahlsonntag

Der Wahlsonntag brachte den Berner Grünen ein dramatisches Wechselbad der Gefühle. Nachdem Hochrechnungen einen Sitzverlust prognostiziert hatten, brachte erst das Schlussergebnis kurz vor Mitternacht die erlösende Nachricht von der Verteidigung der drei Sitze. Nun zieht mit Regula Rytz eine hochkompetente Politikerin als Nachfolgerin von Therese Frösch in den Nationalrat ein.

Die kaum mehr erwartete Positivnachricht am Ende des Wahlsonntags sorgte für einen radikalen Stimmungswechsel und viel Freude am Wahlfest der Grünen. Doch wie ist das Wahlresultat mit etwas zeitlicher Distanz zu beurteilen? Eine erste Auswertung in drei Punkten.

1. Herausforderung durch neue Parteien

Die Nationalratswahlen waren – wie bereits die Grossratswahlen 2010 – durch das erstmalige Antreten von BDP und GLP geprägt. Mit einem gemeinsamen Wähleranteil von über 20% gelang den beiden Parteien ein wuchtiger Einstand – mehr als ein Fünftel des Wähleranteils wurde umverteilt. Der von BDP/GLP erzielte Wähleranteil ist in keinem anderen vergleichbaren Kanton so hoch wie in Bern. Eine solche Umverteilung von Wähleranteilen hat enorme Auswirkungen auf die anderen Parteien. Auch wenn es unspektakulär ist: Dies ist die wichtigste Ursache für die Stimmenverluste.

Besorgniserregend am Aufstieg der BDP ist, dass dieser nicht als innerbürgerliche Umverteilung erfolgt, sondern das rechte Spektrum stärkt. Dieselbe politische Familie, die 2007 unter dem Dach der SVP einen Wähleranteil von 33,6% erreichte, kommt nun unter dem Dach von SVP und BDP auf einen Anteil von 43,9%. Die Zugewinne bleiben sogar dann bestehen, wenn der Einbruch der FDP von 15,1% auf 8,6% berücksichtigt wird. Im Falle der GLP zeigen Nachwahlbefragungen, dass die neuen WählerInnen nicht nur von der FDP, sondern insbesondere auch von der SP und – etwas weniger stark – von den Grünen herkommen. Diese Entwicklungen korrespondieren mit dem Niedergang des gemeinsamen Wähleranteils von SP und Grünen, der in den letzten 20 Jahren noch nie so tief war.

Fortsetzung auf Seite 2

MERCI !

Nous remercions chaleureusement les électrices et les électeurs qui nous ont témoigné leur confiance en nous accordant leurs suffrages. Nous déplorons évidemment que le Jura bernois ne soit pas représenté au Conseil national.

Le résultat obtenu à l'échelon de la région nous satisfait. En effet, avec 8,5 % des voix et 2538 suffrages, nous nous plaçons au quatrième rang des partis du Jura bernois et avons échoué au pied du podium pour 0,6 %.

Sur le plan cantonal, nous nous plaçons immédiatement derrière les Verts de Berne-Mittelland et de Bienne et ma candidature récolte 19'323 suffrages. Nous attendons que les vainqueurs, Verts libéraux et PBD tiennent les promesses faites avant les élections.

Pierre Amstutz,
Les Verts Jura bernois, député

Inhalt

Seite 3
Wirkungen und Nebenwirkungen

Seite 4
***junge grüne* gegen Polizeirepression**

Seite 5
Erneuerbar – jetzt!

Seite 8
Drei Fragen an Regula Rytz

Bern gehalten!

Liebe Grüne, wir sind mit einem blauen Auge davon gekommen. Wir hatten für einmal Glück. Dank eurer Hilfe wurde Schlimmeres verhindert, merci!

2007 konnten wir Grünen Bern unsere Delegation im Nationalrat auf drei Mandate aufstocken. Dank geschickter Listenverbindungen und Proporzglück ist es gelungen, die Sitze von Franziska Teuscher und mir zu bewahren und den dritten Sitz wieder zu holen. Abermals hat mit Regula Rytz, nicht ganz unerwartet, eine Vertreterin aus der Stadt Bern klar das Rennen um die Nachfolge von Therese Frösch gewonnen, das Land ist leider leer ausgegangen. Damit wir es in vier Jahren schaffen, einer Kandidatur ausserhalb der Stadt Bern den Weg in den Nationalrat zu ebnen, müssen wir alles daran setzen, unsere Parteistrukturen auf dem Land zu stärken. Im Gegensatz zur Gesamtfraktion (11 Männer, 6 Frauen) konnte wenigstens der Frauenanteil in Bern (2 Frauen, 1 Mann) gehalten werden.

Aussichten auf konstruktive Politik
Der neue Nationalrat ist – leider ohne zusätzliche Grüne Sitze – insgesamt dennoch grüner und konsensfähiger geworden; in Zukunft werden wir es leichter haben, grüne Anliegen und vor allem einen raschen Atomausstieg durchzubringen.

Ständerat: Gemeinsam gegen Amstutz
In der Allianz mit der SP konnten wir einen zweiten Wahlgang erzwingen. Wie Vereinbart tritt Hans Stöckli zu diesem Finale an, da er klar besser als ich abgeschnitten hat. Wenn wir eine grosse Mitte-Links-Mehrheit hinter das Duo Werner Luginbühl / Hans Stöckli bringen können, kann die Anti-Atom-Allianz Amstutz verhindern, das wäre ein gutes Zeichen. Unsere Parole: So aussichtslos Blocher in Zürich, so chancenlos ist Amstutz am 20. November in Bern!

Alec von Graffenried, Nationalrat

Fortsetzung von Seite 1

2. Zweitbestes Wahlresultat der Grünen seit 1995
Der berechtigte Ärger über die Einbussen beim Wähleranteil darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Berner Grünen das zweitbeste Wahlresultat der letzten fünf Nationalratswahlen erzielt haben; besser war das Ergebnis allein 2007, als die Wahlen von einer intensiven Klimadebatte geprägt waren. Dieselbe Feststellung gilt insbesondere für die Stadt Bern, wo trotz eines Einbruchs von 24,9% auf 19,5% das zweitbeste Ergebnis seit mindestens 25 Jahren erreicht wurde. Und auch wenn Überholmanöver im Vorwärtsgang wesentlich attraktiver sind als im Rückwärtsgang, so sei darauf hingewiesen, dass die Grünen die FDP als viertstärkste Partei im Kanton abgelöst haben.

3. Gute Präsenz der Grünen konnte Verluste nicht verhindern
(Fast) jede Wahlniederlage muss letztlich damit erklärt werden, dass es an der Mobilisierung gemangelt hat. Dies gilt auch heute. Die genauen Ursachen dafür müssen nun analysiert werden. Klar ist, dass die Themenkonjunktur mit der Auseinandersetzung um Frankenstärke und Wirtschaft die SP gegenüber den Grünen begünstigt hat. Die Atomkatastrophe von Fukushima hat zwar die energiepolitische Position der Grünen bestätigt; doch der Vorentscheid für den Atomausstieg hat die USP der Grünen verwässert. Vielleicht war es zu mutig, die Kampagne so sehr auf den Atomausstieg zu fokussieren.

Klar ist aber auch, dass die Stimmenverluste nicht an einer mangelnden Strassenpräsenz der Grünen liegen. In den sechs Monaten vor den Wahlen haben die Grünen im ganzen Kanton Bern über 20‘000 Unterschriften für ihre beiden eidgenössischen Initiativen gesammelt. Das ist ein tolles Ergebnis und verdient Anerkennung. Wichtig und ausserordentlich erfreulich war der Baustein, den die *jungen grünen* zum Wahlergebnis beigetragen haben. Sie haben von allen Jungparteien im Kanton das beste Ergebnis erzielt. Chapeau! Die Grünen schätzen sich glücklich, über eine Jungpartei mit so gestaltungswilligen jungen Leuten zu verfügen – für die Zukunft ist das ein sehr ermutigendes Zeichen.

Verteidigung der drei Mandate als Erfolg
Unter den gegebenen Umständen ist das Wahlresultat – namentlich die Verteidigung des dritten Mandats – ein Erfolg. Wenn 2015 erneut eine so aktive Kampagne gelingt, dann dürfte sich dies auch wieder besser auszahlen. Sehr erfreulich war schliesslich das Resultat von Ständeratskandidat Alec von Graffenried, welcher mit 106‘000 Stimmen ein ausgezeichnetes Ergebnis erreichte und FDP-Kandidat Christian Wasserfallen um mehr als 40‘000 Stimmen distanzierte.

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern

Gespanntes Warten auf die Wahlresultate

Im Kanton Bern steht die Subjektfinanzierung zur Debatte

Wirkungen und Nebenwirkungen

Immer stärker drängt die Auseinandersetzung um die Subjektfinanzierung auf die sozialpolitische Agenda. Worum geht es in dieser Debatte? Wie steht es um Chancen und Risiken?

Traditionellerweise werden Angebote im sozialen Bereich über die Objektfinanzierung vergütet: Die öffentliche Hand finanziert direkt die Institution, die eine bestimmte Leistung zugunsten anspruchsberechtigter Personen erbringt. Bei der Subjektfinanzierung werden die Mittel der öffentlichen Hand hingegen direkt den anspruchsberechtigten Personen überwiesen; damit beziehen diese die entsprechenden Leistungen.

Im Kanton Bern diskutiert der Grosse Rat im November den Bericht zur Behindertenpolitik. Die Schaffung von Grundlagen für die Subjektfinanzierung ist ein wichtiger Bestandteil davon. Im Gegensatz zur familienergänzenden Kinderbetreuung, wo nahezu nur marktliberale Argumente für den Wechsel zur Subjektfinanzierung vorgebracht werden, argumentieren die Direktbetroffenen im Behindertenbereich damit, dass die Subjektfinanzierung zu mehr Wahlfreiheit führe. Die Grünen anerkennen dieses Argument. Allerdings birgt die Subjektfinanzierung ein Risiko für Nebenwirkungen.

Gute Qualität garantieren

Der Kanton Bern verfügt im Behindertenbereich über eine Vielzahl guter Institutionen. Für diese stellt der Wechsel zur Subjektfinanzierung eine einschneidende Veränderung dar; falls kein sorgfältiger Wechsel gelingt, droht ein bedenklicher Know-how-Verlust. Dazu kommt das Anliegen einer regional ausgewogenen Versorgung: In einem rein subjektfinanzierten System gibt es ein Angebot, wo genügend Nachfrage besteht – auf regionale Befindlichkeiten nimmt das System keine Rücksicht. Und schliesslich wissen wir: Marktwirtschaftliche Systeme führen immer zu einer Ausdifferenzierung bei Qualität und Preis – in anderen Worten: Zu einer Zwei- oder Mehrklassen-Versorgung. Ist es das, was wir wollen?

Gute Anstellungsbedingungen sicherstellen

Die Anliegen der ArbeitnehmerInnen dürfen in dieser Diskussion nicht zwischen Stuhl und Bank fallen. Solange das Betreuungspersonal von Institutionen angestellt wird, besteht eine minimale Transparenz und Kontrolle über die Arbeits- und Anstellungsbedingungen. In einem atomisierten, subjektfinanzierten Versorgungssystem ist dies kaum mehr möglich. Die Gefahr prekärer Arbeitsverhältnisse und von Schwarzarbeit ist bei solchen Modellen gross. Es braucht daher griffige Sicherungen.

Der Übergang zu einem subjektorientierten Gutscheinsystem setzt eine präzise Bedarfsabklärung voraus. Die Diskussionen um Sozialversicherungs- und Sozialhilfemissbrauch führen uns drastisch vor Augen, mit welcher Rigidität solche Abklärungen heute geführt werden. Es ist davon auszugehen, dass der administrative Zusatzaufwand aufgrund der Subjektfinanzierung zu Mehrkosten führen wird. Es ist nicht im Interesse der Betroffenen, dass dieser zulasten der Betreuung geht.

Seriöse Debatte nötig

Um inmitten dieser Spannungsfelder taugliche Lösungen zu finden, braucht es eine seriöse Diskussion und flankierende Massnahmen. Das ist sowohl im Interesse der ArbeitnehmerInnen, der LeistungsempfängerInnen als auch der öffentlichen Hand. Ein überstürzter Systemwechsel hingegen führt nur zu einem Scherbenhaufen.

Blaise Kropf, Grossrat

Sortir du nucléaire avec l'ESB

Les Verts de Bienne ont participé à la procédure de consultation relative au nouveau règlement d'Energie Service Bienne (ESB). Dans leur prise de position, ils exigent qu'à partir de 2029, ESB ne vende plus de courant d'origine nucléaire. A partir de 2035, l'approvisionnement électrique devrait être assuré à 100% par des énergies renouvelables. Les Verts reprennent en cela les exigences de l'initiative *sortir-du-nucléaire* qu'ils viennent de lancer au niveau fédéral et de leur initiative cantonale *Berne renouvelable*.

Depuis octobre 2008, Bienne est une cité de l'énergie. Les Verts ont soutenu la volonté de la ville d'obtenir ce label et d'améliorer les critères à satisfaire dans le cadre de ce label. Le Conseil municipal a dernièrement manifesté son intention d'intensifier ses efforts en vue d'obtenir le label or des cités de l'énergie et cela en tant que contre-projet à l'initiative communale des Verts *pour un climat sain*. ESB peut et doit jouer un rôle important afin d'atteindre ce but. Déjà aujourd'hui ESB travaille dans ce domaine en lien avec l'administration, particulièrement en développant des services d'aide à l'économie d'énergie.

Les Verts exigent que la collaboration avec la ville en vue de l'obtention du label or des cités de l'énergie figure expressément dans le futur règlement d'une ESB devenant une entreprise autonome de droit public. Toutefois, ils ne pourront souscrire à une telle transformation de la forme juridique d'ESB que si ces conditions, comme ceux d'un meilleur contrôle démocratique, sont reprises dans la décision que le Conseil de ville sera finalement appelé à prendre.

Urs Scheuss, président des Verts Bienne

junge grüne **wehren sich gegen Repression der Polizei**

Denn sie wissen, was sie tun

Seit diesem Frühling gab es in Bern wiederholt Vorkommnisse, bei denen die Kantonspolizei (KaPo) offen Repression gegen politische AktivistInnen angewendet hat. Auch die *jungen grünen* wurden Opfer von Polizeiwillkür. Sie beschäftigen sich darum aktiv mit dem Thema.

Der Platz auf dieser Seite reicht nicht aus, um alle politischen Interventionen der KaPo aufzuzählen, deshalb seien nur die gravierendsten erwähnt. Hier das Sündenheft der KaPo:

1.5.: Grundloser Einsatz von Gummischrot an einer Demo, wobei mindestens ein unbeteiligtes Kind von einem Geschoss in die Brust getroffen wurde.

4.6.: Gewaltsame Auflösung einer Anti-Repressions-Kundgebung unter Einsatz von Gummischrot (aus drei Metern Distanz auf Kopfhöhe!) und Tränengas gegen Jugendliche, zusätzlich 180 Verhaftungen.

11.8.: Willkürliche Verhaftung von zwei Unterschriftensammlern der GSoA am Buskers. Die beiden mussten sich auf dem Polizeiposten nackt ausziehen. Auch die *jungen grünen* werden von der Polizei daran gehindert, am Festival Unterschriften zu sammeln.

4.9.: Räumung einer friedlichen Blockade vor dem AKW Mühleberg und Verhaftung von 26 Personen, darunter die Stadträtinnen Aline Trede (*junge grüne*) und Rahel Ruch (JA!). Die Festgenommenen erhielten eine Fernhalteverfügung für einen Perimeter von 12 km um die Gemeinde Mühleberg bis Ende September.

10.9.: Willkürliche Verhaftung von 55 Personen und zahlreiche polizeiliche Wegweisungen am Rande des SVP-Fests in Bern. Ein *junger grüner* Parlamentarier wurde ausdrücklich wegen Mitführens von politischem Material verhaftet, zwei Stadträtinnen der JA! wurden mit der Begründung weggewiesen, sie seien «nicht SVP-Mitglied».

22.9.: Gewalttätige Übergriffe von Polizisten und Verhaftung eines Mitarbeiters der Reitschule bei einer von der Polizei provozierten Auseinandersetzung. Anschliessend log die Kantonspolizei in ihrer Medienmitteilung, um die Übergriffe zu vertuschen.

1.10.: Willkürliche Festhaltung (im Tram!) von rund 50 Personen und mehrere Verhaftungen nach dem Ende einer friedlichen Spontankundgebung bei der spanischen Botschaft.

In der Serie politischer Repression nicht vergessen werden darf die von Stapi Tschäppät angeordnete Räumung des friedlichen Anti-AKW-Camps im Juni sowie das neue Campingreglement der Stadt Bern, das als Reaktion auf das Protestcamp «wildes» Campieren mit einer Busse von 2000 Franken bestraft.

Widerstand tut Not!

Angesichts des kalten Windes, der linken AktivistInnen in der rot-grün regierten Stadt Bern entgegenweht, rufen die *jungen grünen* alle linken Kräfte auf, sich mit denen zu solidarisieren, die Opfer von politischer Repression werden, und den aufkommenden Polizeistaat an der Wurzel zu bekämpfen. Denn bei soviel polizeilicher Aktivität gegen Linke kann nicht mehr von einzelnen «Ausrutschern» gesprochen werden: Denn sie wissen, was sie tun: In Zeiten einer Legitimationskrise des Systems jede fundamentale Opposition frühzeitig ausschalten. Das dürfen wir nicht zulassen!

Philipp Zimmermann, junge grüne, Mitglied Grosser Gemeinderat Spiez

junge grüne aktiv

■ Wechsel im Präsidium

Roman Gugger aus Thun (rechts im Bild) und Philipp Zimmermann aus Spiez haben am 24. Oktober 2011 das Co-Präsidium der *jungen grünen* Kanton Bern übernommen. Die Bielerin Lena Frank wird Vize-Präsidentin. Die drei engagierten JungpolitikerInnen lösen Marlen Reusser ab.
Vielen Dank für deine hervorragende Arbeit für die *jungen grünen*, Marlen!

Erneuerbar ist sofort machbar

Erneuerbar – jetzt!

Der Grosse Rat hat die grüne Volksinitiative «Bern erneuerbar» gebremst. Doch das verunmöglicht nicht, ohne Verzug zu handeln: als Grüne in den Gemeinden und privat.

Das neue kantonale Energiegesetz gibt den Gemeinden ab Neujahr zusätzliche Kompetenzen: Sie dürfen künftig in ihrem Baureglement oder in Vorschriften für einzelne Gebiete und Überbauungen strengere Anforderungen an die Wärmeversorgung formulieren, als kantonsweit gelten. Konkret können sie bestimmte erneuerbare Energieträger vorschreiben und verlangen, dass Neu- und Umbauten mehr als 20 Prozent des Bedarfs für Heizung und Warmwasser mit Erneuerbaren decken.

Seit September hat Elsi Reimanns Photovoltaik-Anlage schon mehr als 700 kWh Strom produziert.

Das neue Energiegesetz ausschöpfen

Die Energiestadt Münsingen hat es bereits vorgemacht – kein Wunder, sind die Grünen dort ja die stimmenstärkste Ortspartei und energiepolitisch schon lange am Drücker! Im Münsinger Baureglement wurden schon Mitte 2010 mindestens 50 Prozent Erneuerbare für Neubauten vorgeschrieben. In Zollikofen hingegen fand die Grüne Freie Liste GFL ein Jahr später kein Gehör, als sie den gleichen Mindestanteil in einer Überbauungsordnung verankern wollte (sogar ein Teil der SP war dagegen…).

Doch echt starke Grüne lassen nicht locker: Mittels Einsprache gegen eine Einzonung und parlamentarischen Vorstössen pocht die GFL weiter auf «Zollikofen erneuerbar». Mit einer Motion war sie kürzlich erfolgreich: Zollikofen bezieht künftig für eigene Gebäude und Strassenbeleuchtung nur noch Ökostrom – und keinen Atomstrom mehr.

Auch aus andern Gemeinden – etwa aus Bern, Biel/Bienne, Köniz und Münchenbuchsee – sind innovative Impulse von Grünen für die Erneuerbaren zu vermelden: eine Förderaktion für «100 Solardächer»; ein Kataster aller Gebäude, die für Sonnenenergie geeignet sind; ein Schulhaus mit Holzschnitzel- statt Ölheizung; der Beitritt zu «Mühleberg Ver-fahren». Und noch länger ist die Liste von Privatpersonen, die jetzt beherzt etwas Mutiges für die Energiewende tun: Elsi Reimann zum Beispiel, aktive Grüne aus Langnau, hat es geschafft, auf ihr denkmalgepflegtes altes Rieghaus eine Indach-Photovoltaik-Anlage zu montieren. Sie deckt damit nicht nur ihren eigenen Strombedarf, sondern speist fast doppelt so viel Solarstrom ins Netz.

Bruno Vanoni, Präsident GFL Zollikofen

LokalSpots

■ **Neue Velostation in Burgdorf**

Mit dem Ja des Stadtrats Burgdorf im März 2011 zu einer neuen Velostation ist das Ende einer fast unendlichen Geschichte absehbar geworden: 2007 für voraussichtlich 1½ Jahre erstellt, ist das Zeltprovisorium längst zum Providurium geworden.
Gegen eine erste Vorlage wurde 2010 von bürgerlicher Seite das Finanzreferendum ergriffen. Nach Finanzierungszusagen von Bund und Kanton wird die Stadt jedoch nur die Hälfte der 1,7 Mio. Franken selber tragen müssen, weshalb ein früheres Ja des Stadtrats und das Finanzreferendum hinfällig wurden und sich schliesslich eine klare Mehrheit des Stadtrats für die neue Vorlage stark machen konnte.
Neben der Einstellung von rund 150 Fahrrädern finden sich im Zeltprovisorium die Einsatzzentrale des Velo-Hauslieferdienstes (seit 1997), der Velokurier Burgdorf (seit 2001) und die Vermietung von bis zu 80 E-Bikes für die Herzroute (seit 2010).
Im Herbst 2012 ist die Eröffnung geplant, gleichzeitig mit dem 15-jährigen Jubiläum der Velostation und noch rechtzeitig, bevor mit dem Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest 2013 Tausende von BesucherInnen die Bahnhof-Infrastrukturen einem Härtetest unterziehen werden.

■ **Dorfkern von Steffisburg erhalten**

Steffisburg wurde in den letzten Jahren stark überbaut. Das Oberdorf mit dem schönen historischen Dorfkern soll nun mit neuen Überbauungen zugewürgt werden. Was für die einen attraktiv ist, ist den Grünen Steffisburg ein Gräuel. Sie wehren sich mit Einsprachen gegen diese Entwicklung. Die neuen Gebäude sollen möglichst viel Gewinn abwerfen, gehen an die Grenzen der Baureglemente oder widersprechen diesen.
Statt Gebäude, die wie gefordert auf das Ortsbild Rücksicht nehmen, entstehen riesige Schachteln mit Attikageschossen, die das bisher intakte Ortsbild massiv stören. Pro Wohnung sollen über 1,5 Parkplätze erstellt werden, obwohl der Verkehr bereits überbordet.
Kaum ein Ort eignet sich besser für autofreies Wohnen, als das Zentrum von Steffisburg: alle erdenklichen Geschäfte und Dienstleistungen sind nur wenige Schritte entfernt, es gibt Buslinien, nach Thun tagsüber im 10-Minuten Takt.
In einer unverbindlichen Mitwirkung der Gemeinde fordern die anderen Parteien noch mehr Parkplätze, während die Grünen darauf hinweisen, dass Leute ohne eigenes Auto eher als andere in den Geschäften des Dorfs einkaufen und deren Existenz sichern.

Budgetdebatte in der Stadt Bern

Nachhaltige Finanzpolitik: Haushalten ist gefragt

GRÜNE FREIE LISTE GFL DER STADT BERN

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist der Leitfaden für die Finanzpolitik der GFL. Sie trägt damit massgeblich zu gesunden Finanzen in der Stadt Bern bei.

Die staatlichen Ausgaben mit Hilfe eines kontinuierlichen Stroms von Steuersenkungen so genannt «in den Griff» zu bekommen, ist in den bürgerlich dominierten Parlamenten gang und gäbe, leider auch im Kanton Bern.

Es ist aber weder nachhaltig noch vernünftig, den Service Public genauso lange abbauen zu wollen, bis sich nur noch die Reichsten das Leben in der Schweiz überhaupt leisten können. Im Unterschied zu diesem *Sparakiri* geht es der GFL darum, mit dem Geld, das wir von den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung haben, vernünftig zu haushalten.

Haushälterischer Umgang mit den Finanzen

Das Haus heisst auf griechisch *Oikos*. Und die Haushaltkunst ist die *Oikologie*. Der haushälterische Umgang mit den Finanzen ist also ein Teil des ökologischen Denkens. Ein haushälterischer Umgang mit den Finanzen heisst für die GFL, in guten Zeiten ein Finanzpolster anzulegen, damit in Krisenzeiten auch mal etwas mehr ausgegeben werden kann, als eingenommen wird. Damit können in Krisenzeiten staatliche Leistungen vor dem Sparhammer geschützt werden, ohne dafür Schulden zu Lasten der kommenden Generationen anzuhäufen.

Das bedeutet aber auch, in guten Zeiten auf Wünschbares zu verzichten. Konkret hat die GFL deshalb neben Mehrausgaben im Budgetprozess auch diverse Sparanträge eingebracht, um eben ein Finanzpolster anlegen zu können.

Daniel Klauser, Stadtrat GFL

Anmerkung: der vorliegende Text basiert auf der Fraktionserklärung von Peter Künzler zum Budget 2012.

Herausforderungen für das künftige Gemeinwesen

Wie gestalten wir unsere Stadt?

Grünes Bündnis
www.gbbern.ch

In der Stadt Bern wohnen über 130'000 Menschen, Arbeitsplätze gibt es rund 150'000. 22% der Menschen haben keinen Schweizer Pass, über 6'000 Personen leben von Sozialhilfe, es gibt ca. 7'000 mehr Frauen als Männer, weniger als 20'000 sind unter 19-jährig.

Bern ist besonders, das zeigt die Geschichte: «Das Gemeinwesen ist für die Abfederung sozialer Risiken wie Arbeitslosigkeit oder Wohnungsnot zuständig und es müssen entsprechende Angebote bereitgestellt werden». Zu dieser Einsicht gelangte die Allianz zwischen liberalen Bürgerlichen und der Arbeiterbewegung 1890 in der Stadt Bern. Bern richtete damals als eine der ersten Gemeinden in der Schweiz eine Arbeitslosenversicherung ein und baute Sozialwohnungen für wenig bemittelte Familien.

Bern ist Hauptstadt der Schweiz, Hauptstadt des Kantons und Grossstadt. Diese einzigartige Position gibt Bern die Chance, als gutes Beispiel voranzugehen. Die Politik trägt dabei eine grosse Verantwortung, aus Bern eine vorbildliche integrative Stadt für alle zu gestalten. Der parlamentarischen Politik stehen Budget und rechtliche Instrumente zur Verfügung sowie der Dialog mit der Bevölkerung.

Wir haben viel erreicht in der Stadt Bern, trotzdem bleibt einiges zu tun, denn die Entwicklung ist rasant, die Herausforderungen steigen. Wir sehen Handlungsbedarf sowohl im sozialen Wohnbau wie auch im Ausbau familienexterner Kinderbetreuung (Kita). Das kostet; dennoch ist das Budget 2012 - das 20. RGM-Budget – ausgewogen, Zeugnis einer nachhaltigen Politik. Ja zum Budget 2012.

Hasim Sancar, Co-Fraktionspräsident GB/JA!

Drei Positionen von Betroffenen zur Steuerpolitik im Kanton Bern

Die Folgen der Steuersenkungspolitik

Der Kanton Bern steht vor einer finanzpolitischen Riesenherausforderung. Die verfehlten Steuersenkungen haben ein tiefes Loch in die Kasse gerissen. Klar ist, dass die geplanten Sparmassnahmen Probleme schaffen, wie drei Beispiele zeigen. Weitere Sparmassnahmen beim Leistungsangebot oder beim Lohn verträgt es nicht.

Herausforderungen auf vielen Ebenen

Der Regierungsrat hat unter dem Spardruck der bürgerlichen Steuergeschenkpolitik beschlossen, die Studiengebühren an den Hochschulen um 300 Franken pro Jahr zu erhöhen. Aus Sicht der *jungen grünen* und der StudentInnenschaften ist diese Massnahme unverständlich. Ein Grossteil der Studierenden geht heute einer Erwerbstätigkeit nach. Dies beeinträchtigt die Studienplanung und führt in den zeitlich eng bemessenen Bachelor- und Masterstudiengängen zu Konflikten. Seit Einführung der Bologna-Reform ist es schwieriger geworden, die Hochschulbildung teilzeit zu absolvieren. Eine Erhöhung der Studiengebühren würde genau diese Studierenden noch mehr benachteiligen. Der Einsatz für Chancengleichheit würde einen Rückschritt erfahren. Solange das Stipendienwesen in der Schweiz nicht ausgebaut und harmonisiert wird, ist diese Sparmassnahme nicht vertretbar. Beim Kanton bewirkt dieser Schnitt eine Einsparung von bloss 2,4%; in den Budgets der Studierenden fällt er jedoch ins Gewicht.

Agnes Schöpfer, junge grüne

Abbau im Gesundheitswesen stoppen

80 Mio. Franken sollen die Spitäler ans Sparpaket beitragen. Der vpod bekämpft das aufgrund der gravierenden Folgen. 2010/2011 sind in den Berner Spitälern bereits mehr als 200 Stellen verloren gegangen. Durch das Massnahmenpaket des Kantons und den Druck auf die Tarife für Spitalleistungen droht in den nächsten Jahren ein Verlust von weiteren 500 bis 1'000 Stellen. Käme es zu einem solchen Abbau, würde das unweigerlich zu einer Verschlechterung der Behandlungs- und Pflegequalität für die PatientInnen führen. Rückmeldungen des Personals belegen, dass der Druck eindeutig gestiegen ist, dass für eine gute Pflege immer öfter zu wenig Zeit zur Verfügung steht. Auch die Anstellungs- und Lohnbedingungen des Gesundheitspersonals sind gefährdet. Eine Verschlechterung muss auch hier vermieden werden, denn das wäre ein sehr negatives Signal auf dem schwierigen Arbeitsmarkt für diverse Gesundheitsberufe.

Bettina Dauwalder, Gewerkschaftssekretärin vpod

Bildungsbankrott droht

Für das kantonale Budget 2012 sind Einsparungen durch Klassen- und Schulschliessungen, eine Reduktion der Lektionen für die SchülerInnen, ein Abbau von Bildungsangeboten und Studiengebührenerhöhungen vorgesehen. Der Berufsverband LEBE fordert demgegenüber seit Jahren zusätzliche Investitionen in die Bildung. Sparmassnahmen oder Umverteilungen innerhalb des Bildungsbudgets werden grundsätzlich abgelehnt. LEBE ist nicht bereit, sich auf einen Verteilkampf einzulassen, in dem die eine Sparmassnahme gegenüber der anderen als weniger gravierend bewertet wird. Auch in der Bildung muss ein sorgsamer Einsatz der finanziellen Mittel dauernd überprüft werden. Dem verschliesst sich LEBE nicht. Doch hat das nichts mit Sparmassnahmen zu tun, sondern ist eine staatliche Daueraufgabe.

LEBE ruft die PolitikerInnen auf, sich von der Politik der leeren Kassen zu verabschieden und dem Staatsabbau mittels Steuergeschenken Einhalt zu gebieten.

Christoph Michel, Leiter Gewerkschaft LEBE

Aktiv

■ Zum Notieren in der Agenda

■ **Delegiertenversammlungen 2012 Grüne Kanton Bern**
■ 31. Januar 2012*
■ 8. Mai 2012*
■ 21. August 2012 (Ort noch offen)
■ 23. Oktober 2012*

**19.00 Uhr, Missione Cattolica Italiana, Bovetstrasse 1, Bern*

■ **PräsidentInnenkonferenzen 2012**
■ 11. Januar 2012*
■ 2. Mai 2012, Burgunderstrasse 13a, 3018 Bern
■ 29. August 2012*
■ 31. Oktober 2012*

**19.00 Uhr, Käfigturm, Bern*

■ Termine

■ **24.11.2011:** Sitzung AG Wirtschaft und AG Migration, 20.00 Uhr, Käfigturm Bern
■ **28.11.2011:** Sitzung AG Bildung, 18.00 Uhr, Grüne Schweiz, Waisenhausplatz 21, Bern Gast: Regierungsrat Bernhard Pulver
■ **29.11.2011:** Treffen für Neumitglieder und Interessierte, 19.00 Uhr, Sekretariat Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61 (2. Stock), Bern
■ **1.12.2011:** «Die Schule von Morgen - selektionsfrei und förderorientiert», 19.30-21.30 Uhr, organisiert von der Volkshochschule Bern
■ **1.12.2011:** Mitgliederversammlung Grüne Wohlen, 19.00 Uhr mit Apéro, Reberhaus in Uettligen
■ **7.12.2011:** Ideen-Tisch der Grünen Langnau, 19.30 Uhr im Lotus, Dorfstrasse 25 in Langnau. Gesammelt werden Ideen für Aktivitäten im neuen Jahr.

Impressum
Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, PF 1066, 3000 Bern 23
Erscheint 4 Mal jährlich für Mitglieder und Sympathisierende der Grünen Kanton Bern
Redaktion: Sabine Zaugg, Regula Tschanz
Gestaltung: TransForm
Fotos S. 1, 2 und 4: Herbert Schweizer
Druck: Bubenberg Druck, Bern
Auflage: 8100; Redaktionsschluss Nr. 22: 08.01.2012
sekretariat@gruenebern.ch
Tel 031 311 87 01

Drei Fragen an die frisch gewählte Nationalrätin Regula Rytz

Mit Praxiserfahrung und Bodenhaftung ins neue Amt

Die neue Berner Vertretung der Grünen Kanton Bern im Nationalrat: Franziska Teuscher, Alec von Graffenried, Regula Rytz

Herzliche Gratulation zur Wahl, Regula Rytz. Wie hast du die Wahlkampagne erlebt?
Mein berufliches Engagement als Gemeinderätin der Stadt Bern hat mir nicht viel zeitlichen Spielraum für Aktionen gelassen. Zum Glück konnte ich auf engagierte Unterstützung zählen, und zwar weit über die Parteigrenzen hinaus. Leider haben nur sehr wenige inhaltliche Diskussionen stattgefunden. Deshalb ist auch schwierig abzuschätzen, was denn die «neue Mitte» eigentlich will, z.B. in der Frage der Bankenregulierung oder beim Kauf von neuen Kampfflugzeugen. Ich vertraue auch nicht darauf, dass der Atomausstieg nun definitiv besiegelt ist. Hier müssen wir Grünen hartnäckig dranbleiben.

Für welche Themen willst du dich im Nationalrat besonders engagieren?
In den letzten sieben Jahren habe ich mich auf Verkehrs-, Infrastruktur- und Energiethemen spezialisiert. Klassische grüne Themen also, die ich auf nationaler Ebene weiterverfolgen möchte. Sehr gerne würde ich auch mein Steckenpferd aus dem Grossen Rat wieder aufnehmen, nämlich die Bildungspolitik. Und was mir ganz besonders am Herzen liegt: Den immer grösseren Graben zwischen Arm und Reich wieder zuzuschütten. Hier wurden zum Beispiel in der Steuergesetzgebung grosse Fehler gemacht.

Welche Erfahrungen aus deiner bisherigen politischen Karriere denkst du, sind besonders hilfreich?
Sicher meine Praxiserfahrung und die Bodenhaftung, die ich nach sieben Jahren Regierungsverantwortung mitbringe. Mich interessieren nicht nur die grossen Ziele, sondern auch die Frage, wie und mit wem man sie umsetzen kann. Was ich auch mitbringe: die Lust auf Fakten und die Fähigkeit zum Dialog.

Sabine Zaugg, Co-Geschäftsleiterin Grüne Kanton Bern

Parolen

■ National

Im 2011 findet keine Abstimmung mehr statt.

■ Ständerat

20. November 2011, zweiter Wahlgang für den Ständerat
Die Grünen empfehlen für den zweiten Wahlgang in den Ständerat das Ticket Hans Stöckli und Werner Luginbühl. Damit soll die Anti-Atom-Allianz im Bundeshaus gestärkt werden.

■ Kantonal: Ausblick 2012

Motorfahrzeugsteuern
Am 11. März 2012 kommt es zur Wiederholung der Abstimmung über die Besteuerung der Motorfahrzeuge. Dank erfolgreicher Wahlbeschwerde kann das Stimmvolk nochmals darüber befinden. In Anbetracht der düsteren Finanzaussichten ist es sehr wichtig, dass dem Kanton Bern nicht 120 Millionen Franken entzogen werden durch die unökologische Neuregelung der Motorfahrzeugsteuer.